

Tesla ... und die Verkehrsplanung

Im Hauptausschuss der SVV Erkner berichtet der Bürgermeister regelmäßig über den Stand der Tesla-Ansiedlung und den Fortschritt in den Maßnahmen zur Entwicklung des Verkehrs und alles Weitere, was in diesem Zusammenhang auf uns als Bürger Erkners zukommen kann.

Es habe sich – so der Bürgermeister – herausgestellt, dass sich die Ministerien vorrangig nur mit dem direkten Tesla-Umfeld befassen, d.h. dem Autobahnbereich und der Angleisung. Weitere prägnante Planungen existierten momentan (Stand Mitte Februar) nicht. Eine Bearbeitung der Vorstellungen der anliegenden Städte und Gemeinden stehe noch aus, da ein entsprechendes Papier rund sechs Monate in der Staatskanzlei verweile und erst seit kurzem in den Ministerien vorliege. Von den Vorstellungen der Kommunen sei bisher nichts in die bisherige Planung eingeflossen. Erfreulich sei, dass die Gemeinden und Städte in der Region einig seien, Radwege vor allem zum S-Bahnhof Erkner zu schaffen, die dann andere Verkehrswege entlasten würden. Gedacht sei an einen Radwegering um das Tesla-Werk und von dort ausgehend sternförmig abgehende Radwege nach Erkner, Fangschleuse, Grünheide, Hangelsberg und Gosen-Neu Zittau. Für Erkner sei die Trasse der Alten Poststraße die direkteste Verbindung. Alternativ sei auch eine Trasse über den Oberförstereiweg denkbar.



Baufortschritt auf dem Tesla-Gelände am 4. Oktober 2020

Fasst man diesen Bericht zusammen, lassen sich zwei Punkte festmachen: Zum Einen kommt von der Landesregierung für die Bürger in Grünheide, Erkner, Schöneiche, Woltersdorf Gosen-Neu Zittau und Umgebung nichts. Und zum Anderen kommen schöne, vielleicht gute Ideen – aber nicht mehr – von den Umlandgemeinden. Zum Bahn- und Straßenverkehr fehlt jeder nachvollziehbare Ansatz. Wie all das, was als Ideen skizziert worden ist, umgesetzt werden soll, wer das finanziert, bleibt offen. (Rad-schnellweg Alte Poststraße siehe Seite 1)

Also, Alles in Allem: Es tut sich nix! Und wenn man bedenkt, dass die Stadt Erkner für die nächsten Jahre mit dem Neubau von 390 Wohnungen rechnet, kann Einem schon ein wenig das Grausen kommen, denkt man nur an den allgegenwärtigen Verkehrskollaps in der Friedrichstraße in den Zeiten des Berufsverkehrs ...

Michael-E. Voges

Termine

- 6. 4., 18.30 Uhr, Sitzung des Hauptausschusses
 - 22. 4., 18.30 Uhr, Stadtverordnetenversamml.
- Über die Beteiligung der Öffentlichkeit und die Versammlungsorte informieren Sie sich im Internet unter: http://www.bis.erkner.de/instanz_1/

Erkner – ungefiltert – Informationen der Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung Erkner; V.i.S.d.P.: Silke Voges, Fraktionsvorsitzende, E-Mail: silke.voges@gmail.com; Redaktionsschluss: 17.3.2021, Auflage: 5 000; Druck: SAXOPRINT GmbH, 01277 Dresden

Nu fang'n wa aba gleich an ... Impfen

Im Januar 2021 hatte die Fraktion DIE LINKE für das Stadtparlament einen Antrag vorbereitet, nach dem der Landkreis aufgefordert war, sich für die Einrichtung eines Corona-Impfzentrums in Erkner einzusetzen, um eine wohnortnahe Erreichbarkeit für die Impfberechtigten zu sichern.

Kosten zum Erreichen eines Impfstandorts sollte die Stadt übernehmen und die Impfberechtigten sollten schriftlich von der Stadt über dieses Unterstützungsangebot informiert werden. Den Antrag haben wir dann liegen lassen. Leider! Denn der Bürgermeister hat in einem zeitgleichen umfangreichen Schreiben gerade das in den Blick genommen, was Ziel unseres Antrags gewesen war. Bei der Impfkonzferenz am 13. Januar mit den zuständigen Ministern der Landesregierung, den Landkreisen und kreisfreien Städten sei vereinbart worden, dass jeder Landkreis ein Impfzentrum bzw. Impfstation bekommt. Insbesondere an Erkner als Ort einer Impfstation sei gedacht. Die Ministerien prüften. Eine Anfrage bei örtlichen Ärzten zur Impfbereitschaft laufe noch.



Zeichnung: Klaus Stuttmann

Und da liegt der Hase im Pfeffer! Die Prüfung und die Prüfung und die Prüfung ... Seither sind zwei Monate vergangen, ohne dass sich irgend etwas getan hätte. Und Nachrichten aus dem Rathaus fehlen. Vermutlich werden wir für die nächste ordentliche Sitzung der Stadtverordneten den liegen gelassenen Antrag doch noch stellen müssen! Tröstlich immerhin: Mangels Impfstoffs im Lande wird aktuell eh' nicht geimpft. Wozu brauchen wir da dann ein Impfzentrum?

Michael-E. Voges

DIE LINKE rechnet vor:

Es ist noch genug Impfstoff da, Frau Nonnemacher!

Wieviel jetzt noch geimpft werden könnte – trotz des aktuellen Impfstops für das Astra-Zeneca-Serum –, das hat die Landtagsfraktion der LINKEN am 16. März vorgerechnet. Aus den Daten des Gesundheitsministeriums vom Vortag geht hervor, dass bis zum 31. März insgesamt 155 358 Impfdosen von Biontech/Pfizer sowie Moderna vorliegen. Damit könnten alle Termine von Privatpersonen in den Impfzentrum der nächsten beiden Wochen weiter eingehalten werden. 48 500 Menschen haben in diesem Zeitraum einen Impftermin, sie könnten mit den Vaccinen von

Biontech/Pfizer sowie Moderna geimpft werden. Außerdem stehen 6 600 Dosen für die mobilen Impfteams zur Verfügung. Und: Darüber hinaus gibt es immer noch 100 000 Dosen, die durch Arztpraxen und mobile Teams geimpft werden könnten.

Frau Nonnemacher: Machen Sie endlich ihre Arbeit! Es hilft nicht, immer nur das Nachzubeten, was der Bundesgesundheitsminister gerade wieder verzapft hat. Und vor allem: Sie sind die Gesundheitsministerin für Brandenburg,

Sie haben die Verantwortung für die Brandenburger+innen. Planen

Sie endlich, beziehen Sie die Erfahrungen der Verantwortlichen in den Städten, Gemeinden, Landkreisen, der Hausärzte und vielen anderen Engagierten mit ein. Niemanden in diesem Land ist damit geholfen, wenn Sie immer nur sagen, was gerade alles nicht geht. Wir brauchen jetzt eine Gesundheitsministerin, die plant und umsetzt. Wir helfen gern weiter dabei, auch mit einfachen Rechenaufgaben.

Sebastian Walter, Fraktionschef der LINKEN im Landtag Brandenburg; Quelle: „Offene Worte – online“, Zeitung der LINKEN Barnim, 17.3.21, www.dielinke-barnim.de

Erkner – ungefiltert

DIE LINKE.

Informationen der Fraktion DIE LINKE in der SVV
Nr. 1/2021 • 17. März 2021

Fraktion in der
Stadtverordnetenversammlung Erkner

Solide, doch unsicher ...

Haushalt der Stadt Erkner auf der SVV am 25. Februar 2021 beschlossen

Mal ehrlich: Wer führt als „Otto Normalverbraucher“ eigentlich ein präzises Haushaltsbuch, Tag für Tag, Woche für Woche und Monat für Monat?

Und doch! Die Stadt darf übers Jahr nur das ausgeben, was sie genau bezeichnet vorher in einem Haushaltsplan und die Stadtverordneten beschlossen haben. Den Haushaltsplan aufzustellen hat dabei der „Kämmerer“ der Stadt. Angewiesen ist er auf die korrekten, vollständigen Angaben und Zahlen der einzelnen Fachbereiche und Kollegen der Stadt. Und daran scheint es immer noch ein wenig zu hapern.

Gegenüber den früheren Jahren hat sich hier dennoch Einiges verbessert. Die Stadtverordneten wissen jetzt, worüber sie zu beschließen haben. Die Zahlen haben „Hand und Fuß“. Für das Jahr 2021 heißt das: Solide, doch unsicher ...

Ein insgesamt zwiespältiger Eindruck bleibt. Immerhin: Trotz Covid-19 sind die Einnahmen aus Steuern aktuell kaum geringer geworden – von „weggebrochen“ kann keine Rede sein. Die Zuwendungen des Landes haben sich indes statt erwarteter sechsstelliger Beträge auf knapp über 20 000 Euro reduziert. Zu Mehraufwendungen, also Kosten, für Infrastrukturmaßnahmen im Zuge der Tesla-Ansiedlung schweigen nicht nur Land, Kreis und Stadt – sondern auch der Haushaltsplan. Mit einer Ausnahme allerdings: Ein Fahrradschnellweg zum Tesla-Gelände soll zu nicht unerheblichen Kosten über die Alte Poststraße geplant werden. Schade nur, dass die Brücke der Alten Poststraße über die Autobahn im Zuge des neuen Autobahnanschlusses von Tesla wohl abgerissen wird. Dieser Fahrradschnellweg dürfte schneller gestorben sein, als jede Planung zu ihm kommen kann.

Für pandemiebedingt existenzbedrohte Vereine haben die Stadtverordneten eine Erhöhung

der Vereinsförderung der Stadt um 21 000 Euro beschlossen – eine Ausnahmeregelung, die seit jeher bestand. Man könnte denken, der Wahlkampf zur Bundestagswahl im September sei eingeläutet.

Die eigentlichen Probleme liegen in den in Angriff zu nehmenden Investitionen!

■ Klar ist, dass keiner weiß, wie der Bau einer neuen Grundschule finanziert werden soll. Aktuell ist das Geld nicht da, auch nicht der Anteil für die Stadt Erkner. Das sind schon einige Millionen. Klar ist, dass ein Nachtragshaushalt aufgestellt werden muss – wenn überhaupt Klarheit besteht, wann und wo diese neue Schule gebaut werden soll.

■ Unklar ist, wann und wie die Erneuerung oder der Ausbau von Buchhorster- und Scharnweberstraße finanziert werden sollen – wenn es überhaupt in nächster Zeit dazu kommen sollte. Und von der Reparatur der Gehwege in Neu-Buchhorst ganz zu schweigen.

■ Klar ist auch, dass im Zuge der Berechnung der Kita-Gebühren durch die freien Träger ab dem Sommer 2021 einiges auf die Stadt an Fehlbedarfsfinanzierung zukommen wird. Man munkelt von 200 000 Euro Mehrkosten. Die hatte der Kämmerer noch gar nicht im Blick. Das war ihm nicht gemeldet worden ...

Immerhin: Die Mieter der rund 2 500 Wohnungen der kommunalen Wohnungsgesellschaft Erkner haben das ihre zur Verbesserung der finanziellen Lage der Stadt beigetragen: Die Gesellschaft führt von ihrem aus den Mieten erzielten „Gewinn“ über 120 000 Euro an die Stadtkasse ab.

Fazit: Haushaltsplanung dient dem Wohl Aller – und kann auch einen Wahlkampf schon unterstützen ...

Michael-E. Voges, Vors. des Finanzausschusses

Entlastung der Eltern bei Kita-Beiträgen in Sicht!

Das Thema der Kitabeiträge ist in Erkner bereits seit Jahren ein Streitthema. Die geltende Satzung der Stadt aus dem Jahr 2001 ist bisher leider nie an neue Gegebenheiten angepasst worden. Nun rücken jedoch neue Elternbeitragsordnungen der Kitas in Erkner näher. Der Gesetzgeber hat veranlasst, dass alle freien Träger bis zum 1. August 2021 ihre Beitragsordnungen und Kalkulationen überarbeiten müssen. Auch in Erkner stellen die drei Kita-Träger daher schon seit längeren Berechnungen an. Die Spielräume zur Ausgestaltung sind sehr groß. Die Kalkulationen unterscheiden sich von Träger zu Träger, so dass es zukünftig bei jedem Träger unterschiedliche Beiträge geben wird. Anlass für uns gemeinsam mit der SPD einen Antrag auf den Weg zu bringen, der 13 Eckpunkte als richtungsweisend festlegt. So wird wenigstens in den Rahmenbedingungen eine Vergleichbarkeit

zwischen den einzelnen Trägern gewährleistet. Unter anderem soll in Erkner weiterhin ab dem 4. Kind die Beitragsfreiheit gelten, die Höchstbeträge zukünftig ab einem Einkommen von 70 000 Euro erhoben werden und es soll eine prozentuale Abstufung von 20 Prozent pro unterhaltspflichtigem Kind erfolgen.

Leider wurde der in der SVV vom 17. Dezember 2021 unser gemeinsamer Antrag mit der SPD in eine Sondersitzung des Hauptausschusses verwiesen. Hier sollte noch einmal die Träger die Gelegenheit bekommen, zu diesen Eckpunkten Stellung zu nehmen. Fazit war: Die Träger hatten keine grundsätzlichen Bedenken. So konnte unser Antrag mehrheitlich beschlossen werden. Auswirkungen auf den Haushalt der Stadt haben die neuen Beitragssatzungen erst im Jahr 2022.

Kathleen Krüger

Die SVV im Livestream

Was lange währt wird hoffentlich gut

Nach dem Beschluss der SVV vom 25. Juni 2020 sollte die Stadtverwaltung in der letzten Sitzung der SVV des Jahres 2020 die Übersicht zu den Kosten eines Livestreams präsentieren. Das geschah nun am 25. Februar 2021. Wir konnten uns einen Überblick zu den Kosten verschaffen, eine gute Grundlage für die weitere Diskussion. Die Kosten variieren zwischen 650 und 2 500 Euro je nach Auftragspaket und Technikvorhandensein. Für 650 Euro muss die Technik vorhanden sein, für etwas mehr Geld bekommen wir den Vollservice. D.h. eine Firma kümmert sich um die Technik, die Übertragung ins Internet etc.

Wir setzten uns seit langem für einen Livestream ein. Immer wieder wird über Politikverdrossenheit geklagt, bemängelt, dass sich viel zu wenige Bürger und Bürgerinnen für die Kommunalpolitik interessieren, obwohl hier über die Belange der Stadt entschieden wird. Aber machen wir es uns nicht mit dem Klagen ein bisschen zu leicht? Was tun wir dafür, das Interesse zu wecken? Ein erster Schritt ist für uns die

Übertragung der Sitzungen der SVV im Internet. So können Interessierte von zu Hause aus die Zusammenkünfte verfolgen und sind nicht mehr gezwungen pünktlich 18.30 Uhr vor Ort zu sein. Sozusagen ein wichtiger Schritt zur besseren Vereinbarkeit von Familie-Beruf und Interesse für den Ort in dem wir leben. In der Vergangenheit und auch in der vergangenen Sitzung der SVV begegneten uns immer wieder eventuelle Datenschutzbedenken. Nach unserer Auffassung sind gewählte Kommunalvertreter und -vertreterinnen Personen des öffentlichen Lebens. Auch die SVV ist öffentlich. Jede/jeder kann die Sitzungen vor Ort verfolgen.

Und eine Frage stellt sich noch in unserer durch die Pandemie geprägten Zeit: Am Donnerstag durften nur 10 Besucher der SVV bewohnen. Aus hygienischen Gründen konnten nicht mehr zugelassen werden. Das führte dazu, dass die Presse vor der Tür Platz nehmen musste. Was ist eigentlich wenn sich mehr für die Themen interessieren, die wir behandeln? Wird

dann ein Teil der Öffentlichkeit ausgeschlossen? Aus meiner Sicht geht das nicht.

Wir werden zur nächsten Sitzung jedenfalls wieder einen Antrag einbringen, der kurz zusam-

mengefasst ein Ziel hat: Die Übertragung der SVV im Internet! Nur der Versuch macht klug.

Silke Voges, Vorsitzende
der Fraktion DIE LINKE in der SVV Erkner

In Erkner Schluss mit Kappungs- und Mietpreisbremse

Noch rechtzeitig zur letzten Sitzung der SVV 2020 hatte die Fraktion DIE LINKE einen Antrag zur Mietbegrenzung in Erkner eingebracht. Zum Ende des Jahres 2020 sollten nämlich die Kappungsgrenzen- und die Mietpreisbegrenzungsverordnung auslaufen.

Bislang hatte gegolten, dass Mieterhöhungen auf maximal 15 Prozent in drei Jahren bis zur sogenannten Vergleichsmiete begrenzt sind (Kappungsgrenze). Und bei einer Neuvermietung – Ausnahme: Neubau und umfassende Modernisierung – durfte die Miete um höchstens zehn Prozent über der Vergleichsmiete liegen (Mietpreisbremse). Beides ist zum 1. Januar 2021 weggefallen. Damit fallen auch die Beschränkungen! Aber wir wissen ja: Der Markt wird es schon regeln ... oder doch nicht?

Wir hatten also die Feststellung der Abgeordneten beantragt, dass der „Wohnungsmarkt“ in Erkner durchaus „angespannt“ sei, der Markt also nicht hat „regeln“ können. Ferner war die Landesregierung aufgefordert, die Verordnungen auch für Erkner fortzusetzen. Und der Bürgermeister sollte das der Landesregierung übermitteln. Die Stadtverordneten und der Bürgermeister sollten also zugunsten der Mieter der Stadt, ihrer Bürger, eindeutig Stellung beziehen!

Tja! Das brachte nun einige Abgeordnete ins Grübeln: Wie sollten SPD, CDU und Grüne Stadtparlamentarier so was von einer Landesregierung aus SPD, CDU und Grünen fordern, deren erklärtes Ziel gerade das Gegenteil war?

Doch nach vorn bringende Lösungen zu finden, war immer schon ein Kennzeichen der SPD. Deren Fraktion stellte – einen aus ihrer Sicht – schlauen Gegenantrag: Im Bauausschuss sollten die Stadtverordneten mit den Fachleuten aus dem Ministerium und der Wohnungsgesellschaft Erkner das zu Grunde liegende Gutachten beraten und sich erst einmal eine Meinung bilden.



Zeichnung: Klaus Stuttmann

SPD, CDU und Grüne haben den Antrag der LINKEN folgerichtig abgelehnt.

Und es kam, wie es wohl beabsichtigt und zu erwarten war. In der Sitzung des Bauausschusses waren die Fachleute „verhindert“; aber es wurde nett, wenn auch nicht inhaltlich über Kappungsgrenze und Mietpreisbremse geplaudert. Und entschieden wurde natürlich nichts ...

Nebenbei: Auch die Stadt hat auf Anfrage der Landesregierung von Mitte letzten Jahrs tatsächlich Stellung genommen. Allerdings erst im Januar 2021 – auf Entwurf der Wohnungsgesellschaft ...

Und: Manche meinen, es sei auffällig, dass gerade dort die Miet-Bremsen wegfallen, wo die Gemeinden und Städten große eigene, kommunale Wohnungsgesellschaften betreiben. Obwohl auch dort der „Wohnungsmarkt“ weiter „angespannt“ ist

Doch jetzt haben Sie das Wort! Unterschriften Sie die Petition im Internet <https://www.openpetition.de/petition/online/mietsteigerungen-bremsen-jetzt>.

Michael-E. Voges

Kein Amtsblatt der Stadt Erkner mehr in Kümmels Anzeiger

Das Amtsblatt der Stadt Erkner war über viele Jahre in das Anzeigenblatt *Kümmels Anzeiger* eingelegt und verteilt worden. Das Amtsblatt ist das offizielle Mitteilungsorgan der Stadt. Sie publiziert dort alles, was nach dem Gesetz offiziell bekannt gemacht werden muss.

Was war geschehen?

Der *Kümmels Anzeiger* hatte mit seinen vielfältigen Lesermeinungen, den Stellungnahmen seines Herausgebers und den Anzeigen zu vielfältigen Themen aus den umliegenden Orten einen guten Rahmen dafür geboten.

Mit der Flüchtlingswelle 2015 änderte sich die Ausrichtung des *Kümmels*. Nun machte er sich immer mehr zum Sprachrohr von Meinungen, die zwar gerade noch durch die Meinungsfreiheit gedeckt sein mögen, aber das Neutralitätsgebot eines Stadtanzeigers sicher verlassen haben: Ausgrenzung statt Toleranz war nun der Maßstab.

Mit dem Ausbruch der Corona-Pandemie hat sich das Meinungsbild im *Anzeiger* weiter radikalisiert.

Die Fraktion der LINKEN hatte daher im Stadtparlament Erkner am 22. Februar 2020 den Antrag gestellt, das Amtsblatt nicht mehr in *Kümmels* einzulegen sondern getrennt fortzuführen. „Das Anzeigenblatt *Kümmels Anzeiger* hat sich in den letzten Jahren in eine Richtung entwickelt, die zunehmend politisch derart polarisiert, dass es von einer nicht geringen Anzahl der Bewohner der Stadt Erkner als nicht mehr von einer seriösen Berichterstattung getragen angesehen wird ... Der unbefangene Leser ... gelangt daher leicht zu der Auffassung, dass die Stadt sich die polarisierenden Meinungen in *Kümmels Anzeiger* wenn nicht zu Eigen macht, sie immerhin akzeptiert ... eine quasi amtliche Billigung.“ (siehe *Erkner – ungefiltert*, Nr. 1/2020, 17. Februar 2020, www.linke-erkner.de/index.php?id=51194)

Die Stadtverwaltung war entrüstet. Der Antrag wurde von einer Mehrheit der Abgeordneten der anderen Fraktionen im Stadtparlament – SPD, CDU und Grüne – krachend abgelehnt.

Woher kam die plötzliche Abkehr

Die Kommunalaufsicht des Landkreises Oder-Spree machte sich indes die Auffassung der Fraktion DIE LINKE zu eigen. Sie legte der Stadt Erkner im vergangenen Jahr nahe, einen anderen Weg zur Veröffentlichung des Amtsblattes zu suchen.

So kam es, dass der Vertrag mit dem Hauke-Verlag – *Kümmels Anzeiger* – von der Stadt zum Ende des Jahres 2020 gekündigt werden musste. Das bekräftigten die Stadtverordneten in einem einstimmigen Beschluss in ihrer Sitzung am 22. Oktober 2020 (siehe Kasten). Seither landet das Amtsblatt nicht mehr zusammen mit dem *Kümmels* in den Briefkästen, es kann aber wie bisher bei der Stadtverwaltung und auch an anderen öffentlichen Stellen mitgenommen bzw. im Internet eingesehen werden.

Manchmal braucht man eben etwas mehr an Geduld und einen zusätzlichen Druck von Außen.

Andrea Pohl

■ **Information zu Beschlüssen der 4. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Erkner am 27.2.2020, öffentliche Sitzung**
TOP 15.5 – Antrag der Fraktion DIE LINKE, Amtsblatt der Stadt Erkner
Die Stadtverordnetenversammlung Erkner lehnt mehrheitlich den Antrag der Fraktion DIE LINKE ab. 7-04/097/20
Abstimmungsergebnis: Ja-Stimmen: 10; Nein-Stimmen: 11; Enthaltungen: 0
Quelle: Amtsblatt für die Stadt Erkner, 05/2020, 13.5.2020

■ **Information zu den Beschlüssen der 8. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Erkner am 22.10.2020, nichtöffentliche Sitzung**
TOP 03 – Amtsblatt der Stadt Erkner
Die Stadtverordnetenversammlung Erkner beschließt einstimmig: Die Stadt Erkner veröffentlicht das Amtsblatt der Stadt Erkner ab 1. Januar 2021 in Eigenregie 7-08/212/20
Abstimmungsergebnis: Ja-Stimmen: 22; Nein-Stimmen: 0; Enthaltungen: 0
Quelle: Amtsblatt für die Stadt Erkner, 1/2020, 13.1.2021